

9.16

Bundesminister für Bildung Christoph Wiederkehr, MA: Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet sich in den österreichischen Kindergärten und Schulen. Davon bin ich fest überzeugt, und deshalb sehe ich es als unsere gemeinsame Aufgabe, die Bildung in Österreich zu stärken – mit dem Ziel, dass die Kinder und Jugendlichen auf ein selbstbestimmtes Leben, auf ein glückliches Leben und auch auf ein wirtschaftlich unabhängiges und erfolgreiches Leben gut vorbereitet sind. Dafür ist sehr, sehr viel zu tun, denn die Gesellschaft hat sich rasant verändert. Unser Bildungssystem hat sich allerdings nicht ausreichend verändert, und deshalb ist es notwendig, die Kompetenzen und auch die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen.

Es geht auf der einen Seite um Grundkompetenzen, die sind über die Zeit, die Jahrzehnte gleich geblieben (*Abg. Wurm [FPÖ]: Das ist heiße Luft, alles heiße Luft!*): Lesen, Schreiben und Rechnen. Es ist wichtig, dass diese Grundkompetenzen beherrscht werden. (*Zwischenruf des Abg. Hafenecker [FPÖ].*) Zu diesen Grundkompetenzen, die das Fundament sind, sind zusätzliche Kompetenzen des 21. Jahrhunderts dazugekommen, die an Bedeutung gewonnen haben: Die Kritikfähigkeit, nämlich zwischen wahr und falsch unterscheiden zu können, Reden, Artikel hinterfragen zu können, sich selber eine Meinung bilden zu können, ist in unserer heutigen Welt immer wichtiger geworden; die Kommunikationsfähigkeit, sich ausdrücken zu können, die richtigen Zwischenrufe tätigen zu können, die zu einem bestimmten Zeitpunkt auch passen (*Abg. Taschner [ÖVP]: Deshalb ist der Sprachunterricht so wichtig!*), ist etwas, was wichtig ist, nämlich Kommunikationsfähigkeit in der Schule zu lernen, sich artikulieren zu können, miteinander zu reden (*Abg. Kickl [FPÖ]: Ja, ja, früher waren alle Trotteln!*); die Kooperationsfähigkeit, miteinander zu arbeiten

(*Zwischenruf der Abg. **Belakowitsch** [FPÖ]*), miteinander im Dialog zu sein und gemeinsam etwas voranzubringen (*Zwischenruf des Abg. **Wurm** [FPÖ]*), genauso wie die Kreativität, nämlich eigene Lösungen auf Probleme, die in der Gesellschaft entstehen, zu finden – das sind die Kompetenzen, die heutzutage wichtiger geworden sind (*Abg. **Darmann** [FPÖ]: Wo sind sie in die Schule gegangen?*), denn die Zahl der Probleme, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, hat massiv zugenommen. (*Abg. **Belakowitsch** [FPÖ]: Woran liegt denn das?!*) Deshalb brauchen wir als Gesellschaft mehr kreatives Potenzial, um Lösungen für Probleme, die entstehen, zu finden. Und ja, dafür ist Schule da: nicht nur um Grundkompetenzen, sondern auch um Kompetenzen des 21. Jahrhunderts zu vermitteln. (*Beifall bei den NEOS sowie bei Abgeordneten von ÖVP und SPÖ.*)

Im ersten Jahr – es ist fast ein Jahr nach der Regierungsbildung –, das wir gemeinsam begehen, ist insbesondere bei diesem ersten Punkt sehr viel vorangegangen: das Fundament, das in manchen Bereichen auch brüchig war, zu verstärken und zu verbessern, nämlich die Grundkompetenzen zu verbessern. Die erste Maßnahme, die in dieser Regierung im Bildungsbereich beschlossen worden ist, war ein Handyverbot – nicht als Selbstzweck, sondern um die Grundkompetenzen zu stärken, um mehr Aufmerksamkeit in den Schulklassen zu ermöglichen, um das Lernen zu verbessern, um so auch einen Ort zu schaffen, an dem nicht immer die Ablenkung durch Social Media oder des Handys vorherrscht. Das ist aber kein Selbstzweck: Solche Verbote müssen nämlich mit Verstärkungen einhergehen. Darum müssen wir auch digitale Kompetenzen, Medienkompetenzen in der Bildung, in der Schule verstärken, denn ein Verbot alleine reicht nicht aus. Wir müssen die jungen Menschen befähigen, selbstbestimmt mit der Technologie umzugehen.

Deshalb auch die Initiative Marktplatz Lernapps, die aufgrund der intensiven Diskussionen der letzten Wochen fast untergegangen ist – eine wichtige

visionäre bildungspolitische Initiative, nämlich, dass Schulen autonom, durch den Bund, durch die Bundesregierung, durch das Ministerium finanziert individuelle digitale Lernmöglichkeiten in die Schulen integrieren können. Das Schulbuch wird weiter wichtig sein, das soll die Basis sein. Es gibt aber mittlerweile ganz neue Formen des Lernens, des digital begleiteten Lernens: KI-Tutoren, die individualisiertes Lernen ermöglichen, um so leistungsfähiger zu sein, um besser lernen zu können. Deshalb haben wir diesen Marktplatz Lernapps auch im ersten Jahr auf den Weg gebracht.

Darüber hinaus geht der Chancenbonus, um auch da die Grundkompetenzen zu stärken. Wir haben ein Problem, wir haben ein Thema mit der deutschen Sprache in den Schulen in Österreich. Für mich ist Deutsch nicht optional, Deutsch ist Pflicht. Alle, die in Österreich aufwachsen, müssen die deutsche Sprache beherrschen und wir müssen sicherstellen, dass in der Bildung, in den Kindergärten und in den Schulen gut Deutsch vermittelt wird. Einer dieser Hebel ist beispielsweise ein Chancenbonus für Schulen, die besonders belastet sind, nämlich um diesen Schulen mehr individuelle Förderung zu ermöglichen, mehr Deutschförderung zu ermöglichen, aber auch beispielsweise zu ermöglichen, wenn es psychosoziale Probleme oder auch Probleme mit Gewalt gibt, da zusätzliches Personal in die Schule zu holen – und auch das ist gelungen.

Betreffend Deutschförderung haben wir darüber hinaus die Zahl der Deutschförderkräfte in den Schulen fast verdoppelt, um die Ressourcen in diesem Bereich auszubauen. (*Abg. Kickl [FPÖ]: Mit jeder Bildungsreform wird es immer schlechter!*) Wir haben, Sie haben im Parlament beschlossen, eine verpflichtende Sommerschule einzuführen, nämlich dass die Kinder und Jugendlichen, die nicht ausreichend Deutsch beherrschen, im Sommer zwei Wochen auch intensiv die Sprache lernen. Das sehe ich als Startvorteil, als

Startvorteil für das kommende Schuljahr, um so alle Kinder und Jugendlichen gut mitzunehmen.

Auch bei der Frage Gewalt im Klassenzimmer – und ja, die Zahl kultureller Konflikte hat zugenommen, das ist nicht zu akzeptieren – wurden hier im Parlament schon umfassende Beschlüsse gefasst, beispielsweise betreffend die Verdoppelung der Zahl der Stellen für Schulpsychologie oder die Einführung der Suspendierungsbegleitung, damit Jugendliche, die wegen Gewalt kurzzeitig aus der Schule ausgeschlossen werden, nicht einfach im Einkaufszentrum abhängen dürfen, sondern pädagogisch und psychosozial begleitet werden, um so die Resozialisierung, die Integration in der Schule sicherzustellen und sicherzustellen, dass alle Kinder und Jugendlichen ein sicheres Lernumfeld haben und somit auch gute Bildungschancen bekommen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wir haben darüber hinaus in der Elementarpädagogik mit einer Ausbildungsinitiative angesetzt und arbeiten intensiv daran, die elementare Bildung weiter zu stärken, denn sie ist der Grundstein für den weiteren Bildungserwerb und für die Chancengerechtigkeit.

All das waren Themen, die dringend notwendig sind – es war eine Aufholjagd, die wir gestartet haben –, aber diese Themen der Grundkompetenzen sind nicht ausreichend, um die Herausforderungen unserer heutigen Zeit auch zu bewältigen und um die Kinder und Jugendlichen gut auf ihr Leben vorzubereiten. Dafür braucht es viel tiefgreifendere Veränderungen – tiefgreifendere Veränderungen in den Lehrplänen, in der Art, wie wir in der Schule lernen, in der Frage der Lehrer:innenausbildung. Das sind grundsätzliche Fragestellungen, die wir heute angehen müssen, denn etwas nicht zu verändern, wäre unverantwortlich gegenüber der Gesellschaft und gegenüber der nächsten Generation.

Die letzte größere Veränderung in diesem Bereich, nämlich von Fächern und von Lehrplänen, ist schon etwas her, die erfolgte in den Siebzigerjahren. Damals unter Kreisky gab es eine größere Reform von Lehrplänen, von der Lehrerausbildung, von den Schulbüchern, als beispielsweise, weil es aktuell so heiß diskutiert ist, erst in den Siebzigerjahren Altgriechisch nicht mehr verpflichtend war. Bis in die Siebzigerjahre war im Gymnasium Altgriechisch verpflichtend. Das wurde damals abgeschafft, um Platz für andere Themen zu schaffen, die damals wichtiger geworden sind.

Genau jetzt sind wir wieder vor so einer Zäsur und ich würde jetzt nicht sagen, wieder vor so einer Zäsur, sondern viel mehr als in den Siebzigerjahren, weil sich die Gesellschaft in den letzten 50 Jahren massiv geändert hat. Darum ist es jetzt der richtige Zeitpunkt, unser Bildungssystem, was wir lernen und wie wir lernen, grundsätzlich zu verändern (*Abg. Kassegger [FPÖ]: Was ist der nächste Schritt? Mathematik abschaffen?*), zu reformieren und auch in die Moderne zu bringen, um damit die humanistische Bildung nicht zu verändern, sondern zu aktualisieren. Das Ziel des Humanismus war immer, die Menschen zu befähigen, sich in ihrer Umgebung zurechtzufinden, und es sind heute andere Themen als vor 30 Jahren. Deshalb sind diese Reformen dringend notwendig. (*Beifall bei den NEOS, bei Abgeordneten der SPÖ sowie des Abg. Marchetti [ÖVP].*)

Ich finde es gut, dass öffentlich darüber diskutiert wird. Bildung ist ein gesellschaftspolitisches Konfliktthema, Veränderungen verursachen Diskussionen, es ist auch wichtig, dass wir darüber diskutieren, wie wir unser Bildungssystem weiterentwickeln. Für mich ist klar, wir brauchen mehr informatische Kompetenzen, denn der Umgang mit dem Internet, der Umgang mit dem Handy, der Umgang mit künstlicher Intelligenz ist kein Nice-to-have, es ist Allgemeinbildung geworden. Das ist noch ein großer Unterschied zu meiner Schulzeit. Damals war es noch nicht Allgemeinbildung, damals ist es erst gerade gekommen. Heutzutage aber ist der Umgang mit Internet, künstlicher Intelligenz

Teil der Allgemeinbildung, und deshalb müssen wir informatische Fähigkeiten für die Bildung der Kinder und Jugendlichen verstärken, aber auch, ja, für den Standort Österreich. Wir brauchen nämlich junge Menschen, die verstehen, was technologisch gerade passiert – und es nicht nur verstehen, sondern auch hinterfragen können, nämlich sich eine eigene Meinung bilden zu können und nicht alles zu glauben, was entweder von der Politik oder von einer KI gesagt wird. (Abg. **Darmann** [FPÖ]: Können wir gleich bei deiner Rede anfangen, nicht alles zu glauben!) Das ist etwas, was wir dringend benötigen. (Beifall bei den NEOS. – Zwischenruf des Abg. **Mölzer** [FPÖ].)

Gleichzeitig ist es nötig, mehr Medienkompetenz, Demokratiebildung, aber auch – genau noch zu wenig beachtet – wirtschaftliche Bildung, nämlich Grundsätze der Finanzbildung und der Wirtschaftsbildung, zu lernen. Vor 40 Jahren war es in der Allgemeinbildung noch so, dass man gesagt hat, braucht man nicht, lernt man eh irgendwie so. Ich bin der Überzeugung, eine gute Finanz- und Wirtschaftsbildung ist mittlerweile Teil der Allgemeinbildung. Oder würden Sie dem widersprechen? Da gibt es einen Wandel von dem, was Allgemeinbildung geworden ist.

Deshalb ist aus meiner Sicht dringender Handlungsbedarf gegeben, Lehrpläne und Lehrinhalte zu reformieren, sanft zu modernisieren, zu erweitern, und das mit dem Versprechen, nicht immer nur Dinge dazuzugeben oder neue Querschnittsmaterien dazuzugeben; das war nämlich der Trend der letzten Jahre und Jahrzehnte. Wir haben mittlerweile 13 Querschnittsmaterien in den Schulen, die alle Lehrpersonen vermitteln sollen und müssen. Bei jeder gesellschaftlichen Herausforderung ist eine Querschnittsmaterie dazugekommen. Wir können eine 14., eine 15., eine 16., eine 17. einführen, wir wissen aber, dass es nicht funktioniert. Deshalb ist jetzt der Ansatz: Wenn etwas Neues dazukommt, soll auch etwas Altes etwas reduziert werden, muss es eine Reform geben, damit wir die Schülerinnen und Schüler nicht

überfordern, damit wir die Lehrkräfte nicht überfordern, damit wir die Schule nicht überfordern und damit wir die jungen Menschen für die Lebensrealität in einer komplexen Welt fit machen, damit alle Schülerinnen und Schüler gut auf das Leben vorbereitet sind. – Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS sowie bei Abgeordneten von ÖVP und SPÖ.)*

9.28

Präsident Dr. Walter Rosenkranz: Danke, Herr Bundesminister.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Redezeit aller weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Aktuellen Stunde laut § 97a Abs. 6 der Geschäftsordnung 5 Minuten nicht übersteigen darf.

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Brückl. Ich erteile es ihm. – Bitte, Herr Abgeordneter.